

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Karin Leukefeld, Beirut

16.02.2023

HUMANITÄRE KATASTROPHE

Politisierte Hilfe

Syrien wird bei Unterstützung für Erdbebenopfer von westlichen Staaten aus Feindschaft gegen Regierung in Damaskus ausgegrenzt



Emilie Madi/REUTERS

Ratlos vor den Trümmern: Nach zehn Tagen sind die Chancen gering, weitere Überlebende bergen zu können (Idlib, 14.2.2023)

Hintergrund: NATO-Präsenz in der Türkei

Die NATO hat nach dem Erdbeben Hilfe für die Türkei beschlossen. General Christopher G. Cavoli werde die Operation leiten, hieß es in einer Stellungnahme vom 9. Februar. Mehr als 1.400 Einsatzkräfte aus über 20 NATO- sowie 30 verbündeten Staaten seien im Einsatz, berichtete das US-Militärmagazin *Stars and Stripes*.

Komplett anzeigen

Die UNO steht unter Druck, den Interessen westlicher Geberländer zu entsprechen, um von ihnen zumindest eine Zusage für die Finanzierung der erforderlichen Hilfsoperationen in Syrien zu erhalten. Am Montag befasste sich der UN-Sicherheitsrat mit der Lage in der syrischen Erdbebenregion. In einem »privaten Treffen« und »nichtöffentlichen Beratungen« ging es darum, wie möglichst rasch weitere Hilfe in die betroffenen Gebiete im Norden Syriens und in die syrische Küstenregion gelangen kann. In einem Vorabbericht des Gremiums wurden neben einer Chronologie der Ereignisse seit dem 6. Februar 2023 die Positionen zahlreicher UN- und anderer internationaler Organisationen skizziert.

Die größten Geber für die humanitäre Hilfe für Syrien sind die USA, Deutschland und die Europäische Union. Diese als »Stakeholder« bezeichneten Interessenvertreter wollen möglichst viele Grenzübergänge nach Syrien öffnen, um – der UN-Sicherheitsratsresolution 2672 vom 9. Januar entsprechend – aus dem Ausland Güter in die von bewaffneten Regierungsgegnern kontrollierten Gebiete zu transportieren. Die Sicherheitsratsresolution schließt für solche Lieferungen eine Genehmigungspflicht und Kontrolle durch die syrische Regierung aus. Damit wird Syrien de facto seiner Souveränität beraubt. Im UN-Sicherheitsrat hält der Streit um diese Frage seit Jahren an.

Mit Unterstützung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und China fordert Damaskus seit Jahren, dass die Verteilung von Hilfsgütern in alle Landesteile von Syrien selbst organisiert wird. Auch die Hilfe für die Erdbebengebiete kann gut über die Flughäfen in Damaskus, Aleppo und Latakia erfolgen. Das lehnen die großen Geberländer jedoch ab, weil damit eine Aussetzung der von ihnen gegen Syrien verhängten »einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen«, auch Sanktionen genannt, verbunden wäre.

Festhalten an Sanktionen

Nie wurde humanitäre Hilfe für Menschen in Not so sehr politisiert wie nach dem schweren Erdbeben vom 6. Februar. Unmittelbar nachdem das ungeheure Ausmaß der Zerstörungen in weiten Gebieten im Südosten der Türkei sowie im Norden Syriens und entlang der syrischen Mittelmeerküste deutlich geworden war, wandten sich Ankara und Damaskus an die Vereinten Nationen und baten um Hilfe. Die kam aber vor allem in der Türkei an.

In Syrien wird die humanitäre Hilfe bereits seit Beginn des dortigen Krieges 2011 mit der UNO und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) abgestimmt. Das ist nicht einfach, weil durch den Krieg Gebiete entstanden, die sich im Nordwesten (Idlib, Afrin,

Asas) von der Türkei unterstützt unter Kontrolle bewaffneter Regierungsgegner befinden und im Nordosten (Hasaka, Rakka) mit US-Hilfe unter kurdischer Führung stehen. Hilfsoperationen für die in diesen Gebieten lebenden Menschen, darunter viele Inlandsvertriebene, wurden und werden politisiert. Für UNO und IKRK ist es in dem Klima nicht leicht, ihre Neutralität zu bewahren.

Auf der Pressekonferenz des US-Außenministeriums am Tag des Erdbebens fragte ein Journalist den Sprecher Edward Price, ob es nicht eine »großartige Geste« wäre, wenn die US-Regierung Damaskus Hilfe anböte, und ob es nicht auch eine Geste wäre, »die Sanktionen aufzuheben, die Syrien im Grunde ersticken«.

Price antwortete, es wäre »ziemlich ironisch, wenn nicht sogar kontraproduktiv (...), wenn wir einer Regierung die Hand reichten, die ihr Volk seit nunmehr einem Dutzend Jahren brutal behandelt hat – sie hat es vergast und abgeschlachtet und ist für einen Großteil des Leids verantwortlich, das es ertragen musste«. Die USA hätten »humanitäre Partner vor Ort«, die notwendige Hilfe leisten könnten. Diese seien »seit den frühesten Tagen des Bürgerkriegs« aktiv gewesen in Syrien, und ihnen würden die USA »erhebliche Mengen an humanitärer Hilfe« zur Verfügung stellen.

Berlin auf US-Linie

Fast wortgleich äußerte sich die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die Journalisten in Berlin erklärte, in Syrien, »wo die Menschen unter dem Assad-Regime auf keine Hilfe hoffen können«, unterstütze man humanitäre Partner vor Ort und werde weiter »auf einen humanitären Zugang drängen«.

Ein Blick auf die Webseite des Auswärtigen Amtes, wo die Hilfsmaßnahmen für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien erläutert werden, zeigt, wer diese »humanitären Partner« sind, die von Washington und Berlin mit »erheblichen Mengen« an Hilfe ausgestattet werden sollen. Auf dem Foto sind Mitarbeiter der »Weißhelme« zu sehen, die sich selber »Syrischer Zivilschutz« nennen. In zahlreichen Videos und Interviews gaben sie an, weder die UNO noch die syrische Regierung schickten Hilfe.

Die reichen Geberländer wollten daher im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchsetzen, um neben Bab Al-Hawa weitere »ein bis zwei Grenzübergänge« zwischen Syrien und der Türkei zu öffnen, wie die UN-Botschafterin der USA, Linda Thomas-Greenfield, am Montag

dem US-Sender *MSNBC* sagte. Auch der Leiter der Internationalen Organisation für Migration, António Vitorino, hatte diese Forderung unterstützt und am Wochenende dem Sender *Al-Dschasira* gesagt, die Öffnung von mehr Übergängen sei entscheidend für den Erfolg der Hilfsoperationen. Ebenfalls am Montag versuchte es der Nothilfekoordinator der UNO, Martin Griffiths, mit Diplomatie und sprach in Damaskus mit Präsident Baschar Al-Assad. Ergebnis ist, dass Syrien auch die Übergänge Bab Al-Salama und Bab Al-Rai freigibt, um Hilfslieferungen in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete zu erleichtern.

Aus: [Ausgabe vom 16.02.2023](#), Seite 3 / Schwerpunkt